



Mehr Quote wagen

Mehr Quote wagen
Zum Gesetzentwurf über die Einführung einer Frauenquote von 30% erklären Simone Peter, Bundesvorsitzende, und Gesine Aena, Frauenpolitische Sprecherin und Mitglied des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Wir hätten uns von Minister Maas und Ministerin Schwesig mehr Mut gewünscht. Eine Frauenquote von 30 % für Aufsichtsräte bis 2017, wie es der Entwurf für ein Frauenquotengesetz vorsieht, ist ein erster aber sehr vorsichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung. Frauen machen die deutlich besseren Schul- und Universitätsabschlüsse als Männer und trotzdem besetzen Männer in der übergroßen Mehrheit die Führungspositionen in der Wirtschaft - das ist ein klares Zeichen, dass für Frauen heute eben noch viele Türen auf der Karriereleiter verschlossen sind. Eine Frauenquote würde helfen, dass Qualifikation sich endlich durchsetzt. Es ist wohl kein Zufall, dass jetzt gerade die am lautesten schreien, die in ihren eigenen Gremien den größten Aufholbedarf haben. Der CDU-Wirtschaftsrat hat in seinem Vorstand einen beschämenden Frauenanteil von gerade mal 15 %, die DIHK hat nicht eine einzige Frau in Vorstand und Präsidium. Männerquoten von 80 - 100 % - das ist kein Zeichen von Qualifikation, sondern das Ergebnis lang verschlafener Frauenförderung und überkommener Männerbünde." Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de>

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und einen dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichteten Außenpolitik ein.